



Nr. 13

6. April 2017

Inhalt

[Treffen im Bundeskanzleramt: „Bildungsinstitutionen leisten herausragende Arbeit bei der Integration“+++](#)

[Personalvertretungsgesetz des Bundes: Novellierung ist „elementarer Fortschritt“+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Lohngerechtigkeitsgesetz bleibt hinter Erwartungen zurück+++](#)

[dbb jugend für umfassende Nachwuchskonzepte im Bereich der Rechtspflege+++](#)

[dbb bundesseniorenvertretung: Kritik am Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Sachsen-Anhalt: Ladebeck fordert modernes](#)

[Personalvertretungsgesetz+++](#)

[Zoll: BDZ erreicht Verbesserungen für Spezialeinheiten+++](#)

[Güterverkehr: GDL unzufrieden mit Gesetz gegen](#)

[Lärmbekämpfung+++](#)

[VBE warnt: Einstellung von Seiteneinsteigern als Lehrkräfte wird](#)

[„Dauerzustand“+++](#)

[Gespräch mit Spitzenvertretern der Steuerverwaltungen: DSTG diskutiert über nationalen Datenaustausch+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Treffen im Bundeskanzleramt: „Bildungsinstitutionen leisten herausragende Arbeit bei der Integration“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt am 5. April 2017 auf die besondere Bedeutung von Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas bei der Betreuung geflüchteter Menschen hingewiesen.

"Die Bildungsinstitutionen leisten herausragende Arbeit bei der Integration", sagte der dbb Chef bei dem Treffen zwischen Vertretern des Bundeskabinetts, der Bundesländer und von Bundesinstitutionen (wie der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge) mit Verbänden und Organisationen, das bereits zum sechsten Mal auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel stattfand.

Dauderstädt wies in diesem Zusammenhang erneut auf das hohe Engagement zahlloser Beschäftigter des öffentlichen Dienstes bei der kurz- und mittelfristigen Versorgung hin. Nun

gelte es, die langfristige Betreuung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive und ihre Einbindung in Gesellschaft und Arbeitswelt zu organisieren. Der dbb Bundesvorsitzende begrüßte die grundsätzlich gewachsene Bereitschaft der Politik in Bund und Ländern, mehr in die Personalausstattungen zu investieren. Im Bereich der Sicherheit (Bundespolizei) und Verwaltung (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) habe man beispielsweise bereits reagiert. "Aufgrund der großen Bedeutung der Bildung für die Integration, insbesondere bezüglich des Spracherwerbs, muss auch hier personell nachgesteuert werden", so Dauderstädt. (01/13/17)

Personalvertretungsgesetz des Bundes: Novellierung ist „elementarer Fortschritt“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat erneut die Notwendigkeit einer Modernisierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) unterstrichen. Zugleich begrüßte er die Ankündigung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, eine Novellierung des Gesetzes anzupacken, als einen „elementaren Fortschritt“. Der dbb habe seit Jahren darauf hingearbeitet, sagte Dauderstädt zum Auftakt des 11. Forums Personalvertretungsrecht am 3. April 2017 in Berlin. Zwar werde das Vorhaben in dieser Legislaturperiode nichts mehr werden, es lasse sich aber vielleicht in der Koalitionsvereinbarung „mit wem auch immer“ verankern.

Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, sagte, Arbeiten 4.0 sei einerseits längst Realität. „Andererseits wird uns dieser Prozess noch lange Zeit beschäftigen.“ Führungskräfte und Personalvertreter hätten dabei gleichermaßen Gestaltungsmöglichkeiten. Mit Blick auf die umfassende IT-Reform, die 2015 in den Verwaltungen des Bundes angestoßen wurde, erläuterte Engelke, welche Prioritäten der Bund in Sachen Digitalisierung setzt: „Einheitliche Standards und größtmögliche Gewährleistung der Datensicherheit. Wir arbeiten an einer Bundes-Cloud und der Einführung der elektronischen Akte.“ In diesen Prozess sei die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte eng eingebunden. „Ein leistungsfähiger Betrieb lässt sich nur mit Hilfe der Arbeitnehmervertretungen aufbauen“, zeigte sich Engelke überzeugt. Deshalb habe er „obwohl nicht zuständig, viel Sympathie dafür, die Mechanismen der Mitbestimmung zu erneuern“. Er teile allerdings die Einschätzung

des dbb Chefs, dass die fällige Reform des Bundespersonalvertretungsgesetzes nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode in Angriff genommen werde.

Die Bedeutung der Personalvertretungen im Zuge der Digitalisierung betonte auch der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra: „Verwaltung 4.0 geht nicht mit Beteiligung 1.0.“ Es zeige sich bereits jetzt, dass mehr Personal für die anstehenden Veränderungsprozesse gebraucht werde und das vorhandene weiter qualifiziert werden müsse. Um die Belange der Beschäftigten zu berücksichtigen und bei ihnen Vertrauen und Motivation zu wecken, sei insbesondere die Kommunikation zwischen Personal, gewählten Vertretungen und Entscheidern weiter zu verbessern. Als besonders herausfordernde Handlungsfelder für die Personalvertretungen im Zuge der digitalen Transformation nannte Benra den

Beschäftigten-Datenschutz und die Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit.

Das vor 20 Jahren erstmals vom dbb veranstaltete Forum Personalvertretungsrecht richtet sich an alle Akteure des Personalvertretungsrechts: Personalratsmitglieder und Vertreter der Dienststellen ebenso wie Wissenschaftler, Experten der Rechtsprechung und erfahrene Praktiker. Die diesjährige Veranstaltung im dbb forum berlin (bis 4. April) steht unter dem Motto „Personalrat 4.0 – arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung“. Dabei geht es insbesondere um die Funktionsfähigkeit der Mitbestimmung, wie dbb Chef Dauderstädt sagte. „Sind die Personalräte hinreichend gerüstet für die Phasen hoher technologischer Verände-

rungen aller Prozesse am Arbeitsplatz? Werden sie eingebunden und können sie ihre Beteiligung einfordern? Unterlassen nicht ihre dienststellen-bezogenen Zuständigkeiten mit zentralen überlappenden Entscheidungen der Verwaltung?“ Digitalisierung sei ja als solche nicht bedrohlich oder gefährlich. „Aber wir sollten noch begreifen können, was da passiert, und wir sollten die Auswirkungen noch beherrschen dürfen.“ Weil dies der Einzelne kaum noch vermag, komme den von Gesetzes wegen berufenen Organen der Mitbestimmung umso größere Verantwortung zu, unterstrich Dauderstädt.

[Zum ausführlichen Bericht auf dbb.de.](#)

(02/13/17)

dbb bundesfrauenvertretung: Lohngerechtigkeitsgesetz bleibt hinter Erwartungen zurück

(dbb) Der Bundestag hat dem Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zugestimmt. Aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung war das Gesetzesvorhaben längst überfällig. Dennoch bleibe das verabschiedete Regelwerk hinter den Erwartungen zurück. „Wir haben uns von der großen Koalition mehr Mut erhofft, ein echtes Lohngerechtigkeitsgesetz umzusetzen, das diesen Namen auch verdient“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 31. März 2017.

Einen zentralen Schwachpunkt des Gesetzes sehen dbb und dbb bundesfrauenvertretung demnach im eingeschränkten Wirkungsbereich des individuellen Auskunftsanspruchs. „Wer in Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten tätig ist, hat das Nachsehen. Damit haben Frauen, die in kleinen und Kleinstbetrieben tätig sind, keine Chance, sich über ihre Lohnsituation ein verlässliches Bild zu verschaffen“, betonte Wildfeuer.

Auch für den öffentlichen Dienst und seine privatisierten Bereiche sei das Gesetz nur bedingt anwendbar. Zu sehr komme das Gesetz den Arbeitgebern entgegen. Wildfeuer: „Der Fokus liegt auf der Selbstverpflichtung der Unternehmen, für mehr Transparenz und gerechte Löhne zu sorgen. Die Bringschuld lastet

aber auf den Schultern der Arbeitnehmenden und deren Vertretungen. Hier hat die Politik nichts aus den Erfahrungen mit der freiwilligen Selbstverpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen gelernt.“ Zudem fehlten wirkungsvolle Sanktionsmechanismen, um Verstöße gegen eine gerechte Bezahlung nachhaltig und wirkungsvoll zu ahnden. „Arbeitgeber werden lediglich aufgefordert, Entgeltregelungen und Entgeltbestandteile alle fünf Jahre zu prüfen. Erschwerend kommt hinzu, dass Unternehmen frei wählen können, nach welcher Methode sie die freiwillige Prüfung durchführen möchten. Die statistische Vergleichbarkeit bleibt damit auf der Strecke“, so Wildfeuer.

(03/13/17)

dbb jugend für umfassende Nachwuchskonzepte im Bereich der Rechtspflege

(dbb) Die Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, hat am 30. März 2017 bei einer Debatte zum Thema „Generation Rechtspfleger – Potential und Perspektive“ des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) für umfassende Nachwuchskonzepte geworben: „Wer eigenständig Entscheidungen treffen möchte, für den müsste das Berufsbild des Rechtspflegers oder der Rechtspflegerin höchst interessant sein. Aber vielen Jugendlichen ist dieses Berufsfeld total unbekannt. Aus meiner Sicht liegt das auch daran, dass bisher nicht besonders stark für den Beruf geworben wird.“

Die dbb jugend setze sich für gute Startbedingungen für den Nachwuchs im gesamten öffentlichen Dienst und damit auch bei Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern ein. „Das ist nicht nur eine Frage des Einstiegsgehaltes“, stellte Sandra Kothe fest. „Genauso wichtig sind die beruflichen Entwicklungsperspektiven und natürlich auch flexible Arbeitszeiten und gute Arbeitsbedingungen. Hier sehe ich für den öffentlichen Dienst insgesamt noch Entwick-

lungspotential. Es gibt bereits viele gute Ideen, auch wir als dbb jugend können hier Impulse geben. Jetzt ist es angesichts des demografischen Wandels und der florierenden Wirtschaft an der Zeit, dass die öffentlichen Arbeitgeber gemeinsam mit uns ganz konkrete Maßnahmen umsetzen, um junge Schulabgänger und Schulabgängerinnen für einen Berufseinstieg im öffentlichen Dienst zu gewinnen.“
(04/13/17)

dbb bundesseniorenvertretung: Kritik am Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz

(dbb) Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, hat am 30. März 2017 das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes kritisiert. Zwar werde darin endlich ein Zeitplan für die überfällige Rentenangleichung zwischen Ost und West festgeschrieben, jedoch bleibe dieser deutlich hinter den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von 2013 zurück. Speck: „Wie kann man sich ernsthaft über Enttäuschung und Politikverdruss wundern, wenn die längst überfällige Rentenangleichung immer wieder verschoben wird?“

Nicht nur in diesem Punkt bedürfe es einer Korrektur, sondern es müsse auch eine Lösung für die Personengruppen gefunden werden, die durch die Rentenüberleitung besonders benachteiligt wurden. Diese hätten verständlicherweise den Eindruck, ihre Lebensleistung werde nicht anerkannt, so der Chef

der dbb-Senioren. „Ein großes Manko dieses Gesetzentwurfs ist zudem die Tatsache, dass die Rentenangleichung nicht vollständig aus Steuermitteln finanziert wird, obwohl es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt“, sagte Speck.
(05/13/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt: Ladebeck fordert modernes Personalvertretungsgesetz

(dbb) Der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, hat eine Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes gefordert. In der vergangenen Legislaturperiode sei dies vor allem am Veto der CDU in Sachsen-Anhalt gescheitert. "Wir erwarten, dass die CDU gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern die konkreten Ziele im Koalitionsvertrag zur Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes in dieser Legislaturperiode auch umsetzt", sagte Ladebeck am 31. März 2017 bei einem "Werkstattgespräch" der SPD-Landtagsfraktion zum Thema.

Die Positionen des dbb für ein modernes Personalvertretungsgesetz stellte dort der stellvertretende Landesvorsitzende Maik Wagner vor: „Der Personalrat in Dienststellen ab 1.001 Beschäftigten muss zukünftig aus mehr als 13 Mitgliedern bestehen. Der Arbeitsaufwand in großen Dienststellen ist signifikant höher.“

Die Gesetzesnovelle müsse insgesamt mehr sein als nur die Umsetzung der Rechtspre-

chung, sondern die Mitbestimmung beispielsweise in vielen beamtenrechtlichen Fragen ausgeweitet werden. Außerdem seien die Beteiligungsrechte des Personalrates an bestehende arbeits- und datenschutzrechtliche Regelungen anzupassen und die derzeitige Reisekostenregelung für Personalratsmitglieder zu überarbeiten.
(06/13/17)

Zoll: BDZ erreicht Verbesserungen für Spezialeinheiten

(dbb) Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ hat sich erfolgreich für die Spezialeinheiten des Zolls eingesetzt: Die Erschwerniszulage für Einsatzkräfte der Observationseinheiten Zoll (OEZ) und der Zentralen Unterstützungsgruppe Zoll (ZUZ) werde um etwa 25 Prozent erhöht und außerdem Probezeitbeamte als Bewerber bei ausgeschriebenen Dienstposten der OEZ zugelassen, teilte die dbb Mitgliedsgewerkschaft am 30. März 2017 mit.

Die monatliche Erschwerniszulage erhöhe sich bei einer Verwendung im Zollfahndungsdienst in der ZUZ von 375 Euro auf 469 Euro und im Zollfahndungsdienst in einer OEZ von 300 Euro auf 375 Euro. Diese Änderungen würden rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Mit der Erweiterung des Kreises der zugelassenen Probezeitbeamten auf ausgeschriebene Dienstposten der OEZ werde zudem die Nachwuchskräftegewinnung verbessert. Eine entsprechende Ausnahmeregelung gelte bereits bei Bewerbungen von Probezeitbeamten für die ZUZ.
(07/13/17)

Güterverkehr: GDL unzufrieden mit Gesetz gegen Lärmbekämpfung

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Lärmbekämpfung beim Güterverkehr kritisiert. Man gehe mit den verfolgten Zielen konform, nicht aber mit dem Weg dorthin. „Noch mehr Auflagen verringern noch weiter die Attraktivität des ohnehin schon defizitären und seit Jahren abnehmenden Schienengüterverkehrs“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky am 3. April 2017.

Der Schienenverkehr würde so verteuert und verlangsamt, die Produktionsabläufe werden noch stärker verkompliziert. „Was wir brauchen, ist eine zukunftsorientierte Infrastruktur, die mit einem integralen Taktfahrplan auch die Kapazitäten des Schienengüterverkehrs erhöht, damit in Deutschland das Angebot an umweltfreundlichem Güterverkehr tatsächlich zur Verkehrsverlagerung auf die Schiene führt“, so Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.

Auf Ablehnung stoßen bei der GDL auch die geplanten Bußgelder gegen Lokführer bei Geschwindigkeitsverstößen, insbesondere deren Höhe im Vergleich zum Straßenverkehr. Es gehe um den Gesundheitsschutz von Anwohnern, ein einmaliger Verstoß führe aber im Schienengüterverkehr nicht zu einer unmittelbaren Gesundheitsverletzung oder -beeinträchtigung. „Der Schienengüterverkehr rechtfertigt weder, noch gebietet er ein wesentlich höheres Bußgeld als der Straßenverkehr“, sagte Weselsky.
(08/13/17)

VBE warnt: Einstellung von Seiteneinsteigern als Lehrkräfte wird „Dauerzustand“

(dbb) „Der Lehrermangel hat Deutschland fest im Griff, weswegen immer mehr Seiteneinsteiger eingestellt werden. Was ursprünglich als Notlösung gedacht war, ist längst zum Dauerzustand geworden“, mahnte Udo Beckmann, der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), am 5. April 2017. Vereinzelt seien bereits die Hälfte der Neueinstellungen Seiteneinsteiger, zum Beispiel im Grundschulbereich in Sachsen. „Das Kernproblem ist, dass zunehmend Personal eingestellt werden muss, das gar nicht oder zumindest nicht ausreichend vorqualifiziert ist. Das wird noch nicht absehbare Folgen haben, denn Integration und Inklusion führen dazu, dass es in der Schule immer mehr Kinder gibt, die auf Personal mit besonders hoher pädagogischer Ausbildung angewiesen sind“, so der VBE-Chef.

Bei der Besetzung offener Stellen hätten Schulleitungen allerdings aufgrund des Lehrermangels oft keine Alternative. „Der Vorwurf geht an die Politik, die sich gerne hinter

dem Mehrbedarf, der durch die Zuwanderung entstanden ist, versteckt. Fakt ist aber, dass die Politik jahrelang keine Vorsorge getroffen, sondern blind auf rückläufige Schülerzahlen

gesetzt hat. Die Pensionierungswellen waren vorherzusehen, auch die durch Inklusion entstehenden personellen Anforderungen“, machte Beckmann deutlich.

Eine Herausforderung seien die Seiteneinsteiger auch für das vorhandene Personal, das sie in Mentoren-Programmen betreut, unterstützt und begleitet, bis sie in ihrem neuen Aufgabenfeld zurechtkommen. „Für die im System befindlichen Lehrkräfte bedeutet die vermehrte Einstellung von nichtpädagogischem Personal deshalb eine weitere Aufgabe, die in der Regel ohne zusätzliches Zeitkontingent einfach draufgesattelt wird. Die Politik schafft mit der

Lösung Seiteneinstieg weitere Probleme. Ohne Gelingensbedingungen, wie Kooperationszeit für Lehrkräfte und Seiteneinsteiger sowie entsprechende Vorqualifikation wird es nicht gehen“, sagte der VBE-Chef, unterstrich aber gleichzeitig: „Damit ich nicht missverstanden werde: Wir haben vollen Respekt für alle Personen, die nicht pädagogisch vorqualifiziert sind und sich den Herausforderungen der Schule stellen wollen. Durch ihre persönlichen und beruflichen Erfahrungen in anderen Berufsfeldern können sie zudem durchaus einen Mehrwert für den Schulbereich bringen.“ (09/13/17)

Gespräch mit Spitzenvertretern der Steuerverwaltungen: DSTG diskutiert über nationalen Datenaustausch

(dbb) Beim jährlichen Gespräch mit Spitzenvertretern der Steuerverwaltungen am 30. März 2017 zog der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, eine positive Bilanz: Mit dem Scheitern des Deutsch-Schweizer Steuerabkommens, dem internationalen Steuerdatenaustausch und der im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Abschaffung des Paragraphen 30a der Abgabenordnung (dbb aktuell berichtete) seien Forderungen der DSTG umgesetzt worden. Daraus würden sich jedoch neue Fragen, etwa hinsichtlich eines automatischen nationalen Datenaustauschs ergeben.

Dieser könnte "angesteuert" werden, zumal die Privilegierung von Inländern als europarechtswidrig eingestuft werden könne. Allerdings sei ein solches Vorhaben angesichts der etwa 400 Millionen Konten in Deutschland nur mit einer funktionierenden IT-Unterstützung denkbar.

Auch die Sinnhaftigkeit der anonymen 25-prozentigen Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge sei bei dem Gespräch hinterfragt worden, zumal angesichts des internationalen Datenaustausches der bei der Einführung genannte

Argument „Lieber 25 Prozent von X als Nix“ ausgedient habe. Auch seien mittlerweile alle Argumente entfallen, die in der verfassungsrechtlichen Diskussion für die Privilegierung dieser Einkunftsart angeführt werden könnten.

Weitere Themen waren demnach die Personalgewinnung, -entwicklung und -ausstattung, letztere insbesondere im Hinblick auf den zusätzlichen Bedarf durch die Neubewertung von Grundstücken im Zuge der Grundsteuerreform. (10/13/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb und der Bund haben sich auf eine Ausweitung der Zulage für Beamtinnen und Beamte auch auf die Tarifbeschäftigten der Bundesfeuerwehr geeinigt. Beide Seiten verständigten sich am 5. April 2017 auf einen Änderungstarifvertrag zum TVöD, der den Anspruch in Höhe von derzeit 93,62 Euro nach einer Dienstzeit von einem Jahr beziehungsweise 187,25 Euro nach einer Dienstzeit von zwei Jahren ausweitet. Die Regelung tritt zum 1. Januar 2017 in Kraft.

Die dbb jugend setzt sich für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz ein. Das

sagte die Vorsitzende **Sandra Kothe** am 30. März 2017 auf dem 16. Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT), der unter dem Motto „22 mio. junge chancen – gemeinsam.gesellschaft.gerecht.gestalten“ stattfand. „Die Zahl 22 Millionen macht es deutlich: Wir reden hier von über einem Viertel unserer Bevölkerung – es wird Zeit, dass die Rechte der Kinder als Grundrecht anerkannt werden.“ Dabei gehe es um verbesserten Kinderschutz, stärkere Teilhaberechte und die Manifestierung eines Rechts auf bestmögliche Förderung.

Am 29. März 2017 hat die Hauptversammlung der dbb bundeseniorenvertretung **Klaus Becht** zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Nachwahl war nach dem Tod von Anne Schauer am 15. Juni 2016 erforderlich geworden. Becht ist Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG).

Der 7. Landesgewerkschaftstag des dbb mecklenburg-vorpommern findet am 6. und 7. April 2017 in Stavenhagen unter dem Motto: „Unverzichtbar für unser Land: dbb m-v“ statt. Über 100 Delegierte, die knapp 20.000 Mitglieder aus 38 Mitgliedsgewerkschaften vertreten, werden dabei den gewerkschaftspolitischen Kurs bestimmen und eine neue sechsköpfige Landesleitung wählen. **Dietmar Knecht**, der seit 2007 den Vorsitz des dbb Landesbundes innehat, strebt dieses Amt erneut an.

Das zweite Gespräch zwischen dem **SBB** Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und dem Landesfinanzminister Georg Unland zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten (vgl. dbb aktuell 12/2017) am 3. April 2017 wurde ergebnislos vertagt. „Wir brauchen eine faire, akzeptable und verfassungskonforme Lösung für alle“, so die SBB-Landesvorsitzende Nannette Seidler. Das Ziel sei weiterhin eine systemkonforme Übertragung der Elemente der Tarifeinigung auf sächsische Beamte, Richter und Versorgungsempfänger. Der nächste Termin sei für den 10. April 2017 angesetzt.

Bei den Personalratswahlen im Schulbereich des Saarlandes konnten die **Lehrerverbände im dbb saar** herausragende Wahlergebnisse erzielen. Bei den Hauptpersonalratswahlen der fünf Schulformen bleiben sie mit Abstand die stärkste Interessenvertretung und erreichten von 43 Hauptpersonalratssitzen 28 Sitze (65 Prozent), wie der dbb Landesbund am 30. März 2017 mitteilte. Mit Ausnahme der Gemeinschaftsschulen stellten die dbb-Lehrerverbände demnach in allen Hauptpersonalräten den Vorsitz.

Der Bundesvorsitzende des **Deutschen Philologenverbandes, (DPhV)**, Heinz-Peter Mei-

ding, hat Schulnoten am 28. März 2017 als „alternativlos“ bezeichnet. „Ich habe großes Verständnis dafür, dass man in den ersten Jahrgangsstufen auf Noten verzichtet und sich mit Leistungseinschätzungen behilft. Da geht es um Grundkenntnisse, die man auch mit einer schriftlichen Bewertung im Grundsatz erfassen kann. Spätestens ab der dritten Klasse werden Noten aber wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil sie eine Orientierung für den Übertritt in weiterführende Schulen darstellen.“ Auch für eine Lehrstellenbewerbung oder einen Studienplatz sein Notenzeugnisse die Grundlage.

Der **Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB)** hat eine neue Zulage für das Personal der Bundeswehrfeuerwehren als Ausbilder an der Schule ABC-Abwehr und Gesetzliche Schutzaufgaben und an anderen Ausbildungseinrichtungen der Streitkräfte durchgesetzt. Das teilte der VBB am 30. März 2017 mit. In der vom Bundeskabinett beschlossenen 11. Änderungsverordnung zur Erschwerniszulagenverordnung sei mit § 16 b – Zulage für Ausbilder im Feuerwehrdienst der Bundeswehr die Forderung des VBB als neuer Tatbestand aufgenommen worden.

Das Bundesinnenministerium (BMI) plant die Einführung einer Zulage für Zollvollzugsbeamte, die mit kontaminierten Gegenständen in Kontakt kommen, wie zum Beispiel Fäkalien oder andere Körperflüssigkeiten (dbb aktuell berichtete). Diese „Schluckerzulage“ soll im Rahmen einer Änderung der Erschwerniszulagenverordnung eingeführt werden, wie die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ**, auf deren Initiative die Einführung der Zulage zurückgeht, am 30. März 2017 mitteilte. Das BMI werde die bisher monatlich steuerfreie Aufwandsentschädigung im Zusammenhang mit manuellen Untersuchungen von Kot festgenommener Drogenschmuggler nach inkorporierten und wiederausgeschiedenen Rauschgift-Packs in eine finanziell erhöhte Erschwerniszulage umwandeln.
(11/13/17)

Achtung in eigener Sache:

Die nächste Ausgabe erscheint nach der Osterpause in der 17. Kalenderwoche.
Wir wünschen Ihnen frohe Ostern.

Kommende Termine:

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

"Gesundheitsfürsorge der Beamten - Herausforderungen heute, Perspektiven morgen"

4. Mai 2017, dbb forum berlin

13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung

„Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“

11. Mai 2017, dbb forum berlin

5. wegweiser Zukunftskongress Staat & Verwaltung

20./21. Juni 2017, Berlin
